GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT

des Bundesministers des Innern / des Bundesministers für Vertriebene
des Bundesministers für Wohnungsbau / des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen
des Bundesministers für Angelegenheiten des Bundesrates

HERAUSGEGEBEN VOM BUNDESMINISTERIUM DES INNERN

3. JAHRGANG

BONN, DEN 31. JULI 1952

NUMMER 15

Auswärtiges Amt

A. Amtliche Bekanntmachungen

Ausländische Konsulate in der Bundesrepublik

I. — Bek. d. AA v. 7. 7. 1952 — 715-01-64 Prot. 4077/52 —

Die Bundesregierung hat dem zum Kubanischen Generalkonsul in Hamburg ernannten Herrn Rafael Mulet Proenza das Exequatur erteilt.

Sein Amtsbereich umfaßt das Gebiet der Bundesrepublik und West-Berlin.

II. — Bek. d. AA v. 10. 7. 1952 — 715-01-190 Prot. 4169/52 —

Die Bundesregierung hat den zum Mexikanischen Generalkonsul in Frankfurt a. M. ernannten Herrn Francisco Guterrez Ochoa in dieser Eigenschaft vorläufig zugelassen.

Sein Amtsbereich umfaßt das Gebiet der Bundesrepublik und West-Berlin.

GMBL S. 181

Der Bundesminister des Innern

A. Amtliche Bekanntmachungen

I. Verfassung und Verwaltung

Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG)

Vom 3. Juli 1952¹⁾

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

I. Geltungsbereich und Erfordernis der Zustellung

§ 1

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für das Zustellungsverfahren der Bundesbehörden, der bundesunmittelbaren Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, der Landesfinanzbehörden und der Finanzgerichte (Behörden).

(2) Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten ferner, wenn Gesetze des Bundes oder eines Landes sie für anwendbar erklären.

(3) Zugestellt wird, soweit dies durch Rechtsvorschrift oder behördliche Anordnung bestimmt ist.

II. Arten der Zustellung

§ 2

Allgemeines

(1) Die Zustellung besteht in der Übergabe eines Schriftstücks in Urschrift, Ausfertigung oder beglaubigter Abschrift oder in dem Vorlegen der Urschrift. Zugestellt wird durch

die Post (§§ 3, 4) oder durch die Behörde (§§ 5, 6). Daneben gelten die in den §§ 14 bis 17 geregelten Sonderarten der Zustellung.

(2) Die Behörde hat die Wahl zwischen den einzelnen Zustellungsarten, auch soweit in bestehenden Rechtsvorschriften eine bestimmte Zustellungsart vorgesehen ist.

§ 3

Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde

(1) Soll durch die Post mit Zustellungsurkunde zugestellt werden, so übergibt die Behörde, die die Zustellung veranlaßt, das Schriftstück verschlossen der Post mit dem Ersuchen, die Zustellung einem Postbediensteten des Bestimmungsortes aufzutragen. Die Sendung ist mit der Anschrift des Empfängers und mit der Bezeichnung der absendenden Dienststelle, einer Geschäftsnummer und einem Vordruck für die Zustellungsurkunde zu versehen.

(2) Der Postbedienstete beurkundet die Zustellung. Die Zustellungsurkunde wird an die Behörde zurückgeleitet.

(3) Für das Zustellen durch den Postbediensteten gelten die Vorschriften der §§ 180 bis 186 und 195 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung.

§ 4

Zustellung durch die Post mittels eingeschriebenen Briefes

(1) Bei der Zustellung durch die Post mittels eingeschriebenen Briefes gilt dieser mit dem dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als zugestellt, es sei denn, daß das zuzustellende Schriftstück nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist; im Zweifel hat die Behörde den Zugang des Schriftstücks und den Zeitpunkt des Zugangs nachzuweisen.

(2) In den Akten ist zu vermerken, an welchem Tage der Brief zur Post gegeben ist.

¹⁾ Verkündet im Bundesgesetzbl. I S. 379 am 10. 7. 1952.

(3) Eingeschriebene Briefe, die nach den Vorschriften der Postordnung nicht zugestellt werden können, werden an den Absender zurückgesandt.

§ 5

Zustellung durch die Behörde gegen Empfangsbekanntnis

(1) Bei der Zustellung durch die Behörde händigt der zustellende Bedienstete das Schriftstück dem Empfänger aus. Der Empfänger hat ein mit dem Datum der Aushändigung versehenes Empfangsbekanntnis zu unterschreiben. Der Bedienstete vermerkt das Datum der Zustellung auf dem auszuhändigenden Schriftstück.

(2) An Behörden, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, Rechtsanwälte, Patentanwälte, Verwaltungsrechtsräte, Notare, Steuerberater und Helfer in Steuersachen kann das Schriftstück auch auf andere Weise übermittelt werden; als Nachweis der Zustellung genügt dann das mit Datum und Unterschrift versehene Empfangsbekanntnis, das an die Behörde zurückzusenden ist.

(3) Im Fall des Absatzes 1 gelten die besonderen Vorschriften der §§ 10 bis 13.

§ 6

Zustellung durch die Behörde mittels Vorlegens der Urschrift

An Behörden, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts kann durch Vorlegung der Urschrift zugestellt werden. Hierbei ist zu vermerken, daß das Schriftstück zum Zwecke der Zustellung vorgelegt wird. Der Empfänger hat auf der Urschrift den Tag des Eingangs zu vermerken.

III. Gemeinsame Vorschriften für alle Zustellungsarten

§ 7

Zustellung an gesetzliche Vertreter

(1) Bei Geschäftsunfähigen oder beschränkt Geschäftsfähigen ist an ihre gesetzlichen Vertreter zuzustellen.

(2) Bei Behörden, juristischen Personen, nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und Zweckvermögen wird an ihre Vorsteher zugestellt.

(3) Bei mehreren gesetzlichen Vertretern oder Vorstehern genügt die Zustellung an einen von ihnen.

(4) Der zustellende Bedienstete braucht nicht zu prüfen, ob die Anschrift den Vorschriften der Absätze 1 bis 3 entspricht.

§ 8

Zustellung an Bevollmächtigte

(1) Zustellungen können an den allgemein oder für bestimmte Angelegenheiten bestellten Vertreter gerichtet werden. Ist ein Vertreter für mehrere Beteiligte bestellt, so genügt die Zustellung eines Schriftstücks an ihn für alle Beteiligten.

(2) Einem Zustellungsbevollmächtigten mehrerer Beteiligter sind so viele Ausfertigungen oder Abschriften zuzustellen, als Beteiligte vorhanden sind.

(3) § 219 der Reichsabgabenordnung bleibt unberührt.

§ 9

Heilung von Zustellungsmängeln

(1) Läßt sich die formgerechte Zustellung eines Schriftstücks nicht nachweisen oder ist das Schriftstück unter Verletzung zwingender Zustellungsvorschriften zugegangen, so gilt es als in dem Zeitpunkt zugestellt, in dem es der Empfangsberechtigte nachweislich erhalten hat.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn mit der Zustellung eine Frist für die Erhebung der Klage, eine Berufungs-, Revisions- oder Rechtsmittelbegründungsfrist beginnt.

IV. Besondere Vorschriften für die Zustellung durch die Behörde gegen Empfangsbekanntnis

§ 10

Ort der Zustellung

Die Zustellung kann an jedem Ort bewirkt werden, an dem der Empfänger angetroffen wird.

§ 11

Ersatzzustellung

(1) Wird der Empfänger in seiner Wohnung nicht angetroffen, so kann das Schriftstück in der Wohnung einem zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder einem in der Familie beschäftigten Erwachsenen übergeben werden. Wird kein solcher Erwachsener angetroffen, so kann das Schriftstück auch dem in demselben Hause wohnenden Hauswirt oder Vermieter übergeben werden, wenn sie zur Annahme bereit sind.

(2) Ist die Zustellung nach Absatz 1 nicht durchführbar, so kann dadurch zugestellt werden, daß das Schriftstück bei der Gemeinde oder Polizeibehörde des Zustellungsortes niedergelegt wird. Über die Niederlegung ist eine schriftliche Mitteilung unter der Anschrift des Empfängers in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise abzugeben oder, wenn dies nicht tunlich ist, an der Tür der Wohnung mit Anschrift des Empfängers zu befestigen; außerdem ist möglichst auch ein Nachbar mündlich zu verständigen.

(3) Wird ein Gewerbetreibender oder freiberuflich Tätiger, der einen besonderen Geschäftsraum hat, in dem Geschäftsraum nicht angetroffen, so kann das Schriftstück einem dort anwesenden Gehilfen übergeben werden.

(4) Soll dem Vorsteher einer Behörde, Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts oder eines Vereins zugestellt werden und wird er in dem Geschäftsraum während der gewöhnlichen Geschäftsstunden nicht angetroffen oder ist er an der Annahme verhindert, so kann das Schriftstück einem anderen Beamten oder Bediensteten übergeben werden, der in dem Geschäftsraum anwesend ist. Wird der Vorsteher in seiner Wohnung nicht angetroffen, so gelten die Absätze 1 und 2 nur, wenn kein besonderer Geschäftsraum vorhanden ist.

(5) Das Empfangsbekanntnis ist in den Fällen der Absätze 1, 3 und 4 von demjenigen zu unterschreiben, dem das Schriftstück übergeben worden ist. Der zustellende Bedienstete vermerkt in den Akten den Grund der Ersatzzustellung. Im Falle des Absatzes 2 vermerkt er, wann und wo das Schriftstück niedergelegt und in welcher Weise die Niederlegung schriftlich mitgeteilt ist.

§ 12

Zustellung zur Nachtzeit sowie an Sonn- und Feiertagen

(1) Zur Nachtzeit, an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen darf im Inland nur mit schriftlicher Erlaubnis des Behördenvorstandes oder des Vorsitzenden des Gerichts zugestellt werden.

(2) Die Nachtzeit umfaßt in dem Zeitraum vom 1. April bis 30. September die Stunden von einundzwanzig Uhr bis vier Uhr und in dem Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. März die Stunden von einundzwanzig Uhr bis sechs Uhr.

(3) Die Erlaubnis ist bei der Zustellung abschriftlich mitzuteilen.

(4) Eine Zustellung, bei der diese Vorschriften nicht beachtet sind, ist gültig, wenn die Annahme nicht verweigert ist.

§ 13

Verweigerung der Annahme

(1) Wird die Annahme der Zustellung ohne gesetzlichen Grund verweigert, so ist das Schriftstück am Ort der Zustellung zurückzulassen. Die Zustellung gilt damit als bewirkt.

(2) Der zustellende Beamte vermerkt in den Akten, zu welcher Zeit, an welchem Ort und aus welchem Grunde das Schriftstück zurückgelassen ist.

V. Sonderarten der Zustellung**§ 14****Zustellung im Ausland**

(1) Im Ausland wird mittels Ersuchens der zuständigen Behörde des fremden Staates oder der in diesem Staate befindlichen konsularischen oder diplomatischen Vertretungen des Bundes zugestellt.

(2) An Deutsche, die das Recht der Exterritorialität genießen, wird mittels Ersuchens des Auswärtigen Amtes zugestellt, wenn sie zur Mission des Bundes gehören. Dasselbe gilt für Zustellungen an die Vorsteher der Bundeskonsulate.

(3) Im gerichtlichen Verfahren wird das Zustellungsersuchen vom Vorsitzenden des Gerichts gestellt.

(4) Die Zustellung wird durch die Bescheinigung der ersuchten Behörde oder des ersuchten Beamten, daß zugestellt ist, nachgewiesen.

§ 15**Öffentliche Zustellung**

(1) Durch öffentliche Bekanntmachung kann zugestellt werden:

- a) wenn der Aufenthaltsort des Empfängers unbekannt ist,
- b) wenn der Inhaber der Wohnung, in der zugestellt werden müßte, der inländischen Gerichtsbarkeit nicht unterworfen und die Zustellung in der Wohnung deshalb unausführbar ist,
- c) wenn die Zustellung außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erfolgen müßte, aber unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht.

(2) Bei der öffentlichen Zustellung ist das zuzustellende Schriftstück an der Stelle auszuhängen, die von der Behörde hierfür allgemein bestimmt ist. Statt des Schriftstücks kann eine Benachrichtigung ausgehängt werden, in der allgemein anzugeben ist, daß und wo das Schriftstück eingesehen werden kann.

(3) Das Schriftstück, das eine Ladung enthält, gilt als an dem Tage zugestellt, an dem seit dem Tage des Aushängens ein Monat verstrichen ist. Enthält das Schriftstück keine Ladung, so ist es an dem Tage als zugestellt anzusehen, an dem seit dem Tage des Aushängens zwei Wochen verstrichen sind. Der Tag des Aushängens und der Tag der Abnahme sind von dem zuständigen Bediensteten auf dem Schriftstück zu vermerken.

(4) Bei Verwaltungsakten, die dem Empfänger eine Geldleistung oder ein Tun, Dulden oder Unterlassen auferlegen (belastende Verwaltungsakte), soll die öffentliche Zustellung auch im Veröffentlichungsblatt für amtliche Bekanntmachungen bekanntgegeben werden.

(5) Im gerichtlichen Verfahren wird die öffentliche Zustellung vom Gericht angeordnet, im übrigen von einem zeichnungsberechtigten Beamten.

§ 16**Zustellung an Beamte, Ruhestandsbeamte und sonstige Versorgungsberechtigte**

(1) Verfügungen und Entscheidungen, die einem Beamten, Ruhestandsbeamten oder sonstigen Versorgungsberechtigten nach den Vorschriften des Bundesbeamtenrechts zuzustellen sind, können dem Beamten oder Versorgungsberechtigten auch in der Weise zugestellt werden, daß sie ihm mündlich oder durch Gewährung von Einsicht bekanntgegeben werden; hierüber ist eine Niederschrift anzufertigen. Der Beamte oder Versorgungsberechtigte erhält von ihr auf Antrag eine Abschrift.

(2) Eine Entscheidung über die Beendigung des Beamtenverhältnisses eines Beamten, der sich außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes aufhält, kann auch dadurch zugestellt werden, daß ihr wesentlicher Inhalt dem Beamten durch Telegramm oder in anderer Form dienstlich mitgeteilt wird. Die Zustellung soll in der sonst vorgeschriebenen Form nachgeholt werden, sobald die Umstände es gestatten.

§ 17**Zustellungen im Besteuerungsverfahren**

(1) Die Zustellung von schriftlichen Bescheiden und von Rechtsmittelentscheidungen, die im Besteuerungsverfahren ergehen, kann dadurch ersetzt werden, daß der Bescheid oder die Rechtsmittelentscheidung dem Empfänger durch einfachen Brief verschlossen zugesandt wird.

(2) Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, daß das zuzusendende Schriftstück nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist; im Zweifel hat die Behörde den Zugang des Schriftstücks und den Zeitpunkt des Zugangs nachzuweisen.

(3) Die Aufgabe erfolgt durch Einwerfen in einen Postbriefkasten oder Ablieferung bei der Postanstalt. Bei Einwurf in einen Straßenbriefkasten gilt der Tag der auf den Einwurf folgenden Leerung als Tag der Aufgabe zur Post.

(4) Die Absendestelle hat auf der bei den Akten verbleibenden Urschrift des Schriftstückes zu vermerken

„zur Post am . . .“.

Der damit beauftragte Beamte hat den Vermerk mit seinem Namenszeichen zu versehen.

VI. Schlußvorschriften**§ 18****Postzustellungsverordnung**

Die Verordnung über Postzustellung in der öffentlichen Verwaltung (Postzustellungsverordnung) vom 23. August 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 527) ist für den Bereich der Bundesverwaltung, der Landesfinanzverwaltung und der Finanzgerichte nicht anzuwenden.

§ 19**Aufhebung von Vorschriften der Reichsabgabenordnung**

Die §§ 88 und 90, § 211 Abs. 3 Satz 2, § 258 Abs. 2 Satz 2, § 282 Satz 2, § 340 Abs. 2, § 386 Abs. 3 Satz 2 der Reichsabgabenordnung werden aufgehoben.

§ 20**Berlin**

Dieses Gesetz gilt auch in Berlin, wenn das Land Berlin gemäß Artikel 87 Abs. 2 seiner Verfassung die Anwendung dieses Gesetzes beschließt.

§ 21**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt drei Monate nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 3. Juli 1952.

Der Bundespräsident

Theodor Heuss

Der Bundeskanzler

Adenauer

Der Bundesminister des Innern

Dr. Lehr

**Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes
(Änderung der Gebührenordnung)
Vom 13. Mai 1952 ¹⁾**

Auf Grund des § 70 des Personenstandsgesetzes vom 3. November 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) in Verbindung mit Artikel 129 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der §§ 2 und 3 des Preisgesetzes vom 10. April 1948 (Gesetzbl. der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 27)/3. Februar 1949 (Gesetzbl. der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 14)/21. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 7)/8. Juli 1950 (Bundesgesetzbl. S. 274)/25. September 1950 (Bundesgesetzbl. S. 681)/23. Dezember 1950 (Bundesgesetzbl. S. 824)/29. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 223) wird mit Zustimmung des Bundesrats verordnet.

Artikel 1

(1) In § 113 Abs. 1 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 533) in der Fassung der Vierten Verordnung zur Ausführung und Ergänzung des Personenstandsgesetzes vom 27. September 1944 (Reichsgesetzbl. I S. 219) erhalten die Ziffern 1, 7, 8, 10 bis 18 folgende Fassung:

- 1. für die Vorlegung eines Personenstandsbuchs (Standesregisters) zur Einsicht, und zwar für jeden Jahrgang 0,30 DM
für mehrere Jahrgänge zusammen jedoch höchstens 0,90 DM
- 7. für die nachträgliche Beischreibung von Randvermerken auf einer beglaubigten Abschrift aus dem Geburtenbuch oder Sterbebuch oder auf einer beglaubigten Abschrift aus den früheren Standesregistern — sind mehrere Randvermerke beizuschreiben, so wird die Gebühr nur noch einmal erhoben — 0,30 DM
- 8. für die Ergänzung einer standesamtlichen Urkunde durch Beischreibung der späteren Änderungen 0,30 DM
- 10. für die Entgegennahme eines Antrags auf Anordnung des Aufgebots 3,— DM
Kommt ausländisches Recht zur Anwendung, so kann die Gebühr bis auf 30,— DM erhöht werden
Wird eine Ehe wegen lebensgefährlicher Erkrankung eines Verlobten ohne Aufgebot geschlossen, so wird die Gebühr für die Eheschließung erhoben.
- 11. für die Befreiung vom Aufgebot . . . 3 bis 30 DM
- 12. für die Abkürzung der Aufgebotsfrist . 3 bis 15 DM
— neben dieser Gebühr wird eine Gebühr nach Nr. 10 Abs. 1 nicht erhoben —
- 13. für die Befreiung von der Wartezeit bei der Eheschließung 3 bis 30 DM
- 14. für die Ausstellung eines Eheschleisszeugnisses für einen Deutschen im Ausland sowie für die Aushändigung eines Eheschleisszeugnisses an einen Ausländer im Bundesgebiet oder im Lande Berlin 3 bis 30 DM
- 15. für die Abnahme einer eidesstattlichen Versicherung 2,— DM
- 16. für die schriftliche Ermächtigung eines anderen Standesbeamten zur Eheschließung und die Bescheinigung über das Aufgebot, einzeln oder zusammen . . . 2,— DM
- 17. für die Eheschließung vor einem Standesbeamten, der das Aufgebot nicht erlassen hat 2 bis 6 DM
- 18. für die Eheschließung außerhalb der Dienststunden oder außerhalb des Dienstgebäudes, es sei denn, daß einer der Eheschließenden lebensgefährlich erkrankt ist 20,— DM

¹⁾ Verkündet im BAnz. Nr. 139 v. 22. 7. 1952 S. 1.

(2) Folgende neue Nummern sind einzufügen:

- 19. für die Beglaubigung und für die Entgegennahme einer Erklärung über die Wiederannahme des Familien- oder des früheren Ehenamens durch die geschiedene Frau sowie über die Untersagung der Weiterführung seines Namens durch den geschiedenen Mann 3,— DM
Wenn die Beglaubigung und die Entgegennahme der Erklärung durch denselben Standesbeamten erfolgt, wird die Gebühr nur einmal erhoben.
- 20. für das Aufsuchen der Fundstelle bei der Ausstellung von Einzelurkunden, wenn für den Standesfall weder Datum noch Aktenzeichen angegeben werden können 1 bis 3 DM

Artikel 2

Diese Verordnung tritt vier Wochen nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie gilt auch im Lande Berlin, sobald sie vom Land Berlin in Kraft gesetzt worden ist.

Bonn, den 13. Mai 1952.

Der Bundesminister des Innern
Dr. Lehr

Der Bundesminister der Justiz
Dehler

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

GMBL. S. 184

Verdingungsordnung für Bauleistungen

— Erl. d. BMDI v. 29. 6. 1952 — 0485 — 698/52 —

Von dem nachstehenden Rundschreiben des Bundesministers für Wirtschaft vom 8. 5. 1952 — IV C 5 — 17481/52 — gebe ich hiermit Kenntnis. Ich schließe mich der in diesem Schreiben enthaltenen Aufforderung an und bitte in Zukunft den Ausschreibungsunterlagen die Leistungsverzeichnisse in jedem Falle in doppelter Ausführung beizufügen.

An die nachgeordneten Behörden und Dienststellen

„Der Bundesminister für Wirtschaft Bonn, den 8. Mai 1952
IV C 5 — 17481/52 —

Betr.: Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB); hier: Aushändigung der Leistungsverzeichnisse in doppelter Ausfertigung, gemäß DIN 1960 § 17.

Bezug: Mein Rundschreiben vom 7. 3. 1950 — IV B 8 Nr. 119/50 —¹⁾.

Die bauausführenden Betriebe haben wiederholt Klage darüber geführt, daß die von ihnen im Rahmen der Ausschreibung von Bauarbeiten auszufüllenden Leistungsverzeichnisse oft nur in einfacher Ausfertigung übersandt oder ausgehändigt werden. Sie machen darauf aufmerksam, daß es für sie unerlässlich sei, Zweitschriften der Leistungsverzeichnisse zur Hand zu haben und daß die vielfach notwendige Selbstanfertigung des Rahmens der Zweitschriften für sie unnötige Schreib- und Verwaltungsarbeit verursache, die bei der großen Zahl der von jedem einzelnen Betrieb in der Regel abzugebenden Angebote zeitraubend sei und auch kostensteigernd wirke.

Ich weise in diesem Zusammenhang auf den § 17 Ziffer 3 der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) hin, wonach bei der Ausschreibung von Bauleistungen jeder Bewerber auf Wunsch das Leistungsverzeichnis in doppelter Ausfertigung erhalten soll und bitte in Ergänzung dieser Bestimmung, den Ausschreibungsunterlagen die Leistungsverzeichnisse in jedem Falle — also auch dann, wenn ein entspre-

¹⁾ Veröffentlicht im GMBL. Nr. 11/1950 S. 89.

chender Wunsch nicht besonders zum Ausdruck gebracht worden ist — in doppelter Ausfertigung beizufügen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie die in Frage kommenden unterstellten Dienststellen anweisen würden, in diesem Sinne zu verfahren. Die Länderministerien werden gebeten, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Für Unterrichtung über das Veranlaßte wäre ich dankbar.

Im Auftrag
Dr. Massar“

GMBL. S. 184

II. Beamtenrecht und sonstiges Personalrecht

Politische Betätigung von Beamten — Annahme und Ausübung von Parlamentsmandaten durch Bundesbeamte auf der Landes- und Kommunalebene —

— RdSchr. d. BMdI v. 23. 7. 1952 — 21312 — 367/52 —

Zu der im Zusammenhang mit mehreren Einzelfällen aufgeworfenen Frage, ob Bundesbeamte für Wahlen in den Ländern und Gemeinden kandidieren und Mandate in Länderparlamenten und Gemeindevertretungen übernehmen und ausüben dürfen, habe ich wie folgt Stellung genommen:

Das passive Wahlrecht von Bundesbeamten kann nach Art. 137 des Grundgesetzes nur durch Gesetz beschränkt werden. Eine solche gesetzliche Regelung ist im Gegensatz zu den Vorschriften über die Wählbarkeit zum 1. Deutschen Bundestag (Gesetz vom 12. 5. 1951 — Bundesgesetzbl. I S. 297 —) für die Wahl von Bundesbeamten in Länderparlamente und kommunale Vertretungskörperschaften bisher nicht ergangen. Infolgedessen besteht für Bundesbeamte weder eine Beschränkung hinsichtlich der Kandidatur für ein Abgeordnetenmandat noch für die Übernahme und Ausübung solcher Mandate.

Die DV Nr. 1 zu § 3 DBG (Abschnitt I Nr. 4 der Ersten DVO zum Bundespersonalgesetz vom 17. 6. 1950 — Bundesgesetzbl. S. 274 —) präzisiert in ihrem Satz 1 lediglich die — auch ohne die nochmalige ausdrückliche Erwähnung — selbstverständliche Pflicht des Bundesbeamten, auch bei einer politischen Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung als Diener der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben. Eine Beschränkung der Wählbarkeit im Sinne des Art. 137 GG ergibt sich aus dieser Vorschrift nicht.

Ob Beschränkungen des passiven Wahlrechts durch Landesverfassungsrecht oder durch Landeswahlrecht gegenüber Beamten schlechthin — also auch Bundesbeamten gegenüber — ausgesprochen worden sind, bedarf daneben im Einzelfall der Prüfung auf Grund des in dem betreffenden Land geltenden Rechts.

An die obersten Bundesbehörden
nachrichtlich
an die Landesregierungen.

GMBL. S. 185

Gewährung von Trennungsschädigung an die unter Art. 131 GG fallenden Personen

— Bek. d. BMdI v. 4. 7. 1952 — 2440 — 2615/52 —

Nachstehend wird der Erlaß des Bundesministers der Finanzen v. 20. Juni 1952 — IB — BA 3470 — 16/52 (MinBlFin. 1952 S. 269) bekanntgegeben:

„Der Bundesminister der Finanzen Bonn, den 20. Juni 1952 — IB — BA 3470 — 16/52 —

An die obersten Bundesbehörden und die nachgeordneten Behörden des Bundesministeriums der Finanzen.

Nachrichtlich an die Herren Finanzminister und Finanzsenatoren der Länder.

1) Veröffentlicht im GMBL. Nr. 7/1950 S. 69.

Ich erkläre mich aus Billigkeitsgründen damit einverstanden, daß den unter das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. 5. 51 (Bundesgesetzbl. I S. 307)¹⁾ beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Trennungsschädigung auch dann bewilligt werden kann, wenn sie im Zeitpunkt ihrer Einberufung aus zeitbedingten Gründen nicht mit ihren Familien zusammenleben konnten.

Soweit bisher anders verfahren wurde, bewendet es dabei.

Im Auftrag
Dr. Meyer“

GMBL. S. 185

Änderung der Richtlinien des RdF für die Gewährung von Vorschüssen in besonderen Fällen (VR) in der Fassung der Änderung vom 10. 6. 1942 (RBBl. S. 144) und 10. 12. 1951

(MinBlFin. S. 499); hier: Wohnraumbeschaffung

— Bek. d. BMdI v. 21. 7. 1952 — 2456 — 2740/52 —

Nachstehend wird der Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 1. Juli 1952 — IB — BA 1615 — 10/52 — (MinBlFin. 1952 S. 280) bekanntgegeben:

„An die obersten Bundesorgane Bundesbehörden und Bundesgerichte, Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, Offenbach/Main, Deutsche Delegation der internationalen Ruhrbehörde, Düsseldorf, nachgeordneten Behörden des BdF.

Nachrichtlich:

den Herren Finanzministern und Finanzsenatoren der Länder, dem Finanzausschuß des Deutschen Bundesrats, den Vereinigungen und Verbänden, der Bank deutscher Länder, Frankfurt/M.

Bezug: Mein Erlaß vom 10. 12. 1951 Nr. I BA 1615 — 7/51 (MinBlFin. S. 499).

In die Vorschußregelung zur Förderung der Selbsthilfe bei der Wohnraumbeschaffung nach meinem Erlaß vom 10. 12. 1951 sollen künftig auch die Fälle mit einbezogen werden, in denen das Anmieten einer Wohnung nur nach Beitritt zu einer Genossenschaft und Erwerb eines oder mehrerer Genossenschaftsanteile möglich ist. Im allgemeinen wird der Erwerb von 1 bis 3 Genossenschaftsanteilen von je 300 DM gefordert. Ich bin damit einverstanden, daß zum Erwerb solcher Genossenschaftsanteile ebenfalls Vorschüsse bis zum Höchstbetrag von 2000 DM gewährt werden. Die Rechte aus den Genossenschaftsanteilen sind sicherungsweise an den Bund abzutreten. Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht müssen jedoch unberücksichtigt bleiben, um die Antragsberechtigten vor dem Risiko eines größeren Haftpflichtschadens zu bewahren. Auch bei eingetragenen Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht übernimmt der Bund keine Haftpflicht. Im übrigen weise ich darauf hin, daß die Zahlung von Abfindungsbeiträgen zur Wohnraumbeschaffung an Trennungsschädigungsempfänger nach meinem Erlaß vom 9. 10. 1950 Nr. II B — F 6704 — 3/50 nicht in Frage kommt, wenn die Beschaffung einer geeigneten Wohnung durch den Erwerb von Genossenschaftsanteilen bei eingetragenen Baugenossenschaften mit beschränkter Haftpflicht möglich ist.

Demgemäß werden die Absätze 3 und 4 der Ziffer 6 der Vorschußrichtlinien in der Bundesfassung vom 10. 12. 1951 (MinBlFin. S. 499) geändert. Es werden eingefügt:

- in Absatz 3 hinter Buchstabe b: „c) zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen bei eingetragenen Baugenossenschaften mit beschränkter Haftpflicht als Voraussetzung für das Anmieten einer Wohnung“;
- in Absatz 4, Zeile 2, hinter „Abs. 3“ die Buchstaben „a) und b)“;
- in Absatz 4, Unterabsatz 2, Zeile 2, an Stelle der Worte „Abs. 3 a und b)“ die Worte „Abs. 3 a bis c)“;
- in Absatz 4, Unterabsatz 2, Buchstabe c, vor dem Komma, folgender Klammersatz „(dies gilt jedoch nicht im Falle des Absatzes 3 Buchstabe c)“;

1) Veröffentlicht als Sonderdruck (Beilage) zu GMBL. Nr. 12/1951.

5. in Absatz 4, Untenrabsatz 2, Buchstabe f, in dem Klammerersatz hinter dem Worte „Darlehens“ die Worte „oder die Rechte aus Genossenschaftsanteilen“.

Der Erlaß des früheren RdF vom 13. 9. 1941 Nr. O 4712 H 3312 IV Lie, betr. Gewährung von Darlehen zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen, ist hierdurch überholt und nicht mehr anzuwenden.

Im übrigen weise ich zur Sicherstellung einer einheitlichen Anwendung der VR darauf hin, daß die Vorschußgewährung zur Wohnraumbeschaffung nach Ziffer 6 Abs. 3 und 4 der VR in der geltenden Bundesfassung außer in den Fällen der Übersiedlung von Bundesbediensteten an den Dienstort auch dann möglich ist, wenn Bundesbedienstete bereits am Dienstort wohnen, aber infolge des Krieges bisher keine den Zeitverhältnissen angemessene Wohnung finden konnten und eine anderweitige Unterbringung aus dienstlichen oder gesundheitlichen Gründen dringend geboten ist. Dagegen können Vorschüsse nicht gewährt werden, wenn der Wohnungswechsel rein persönlichen Bedürfnissen dient oder wenn es sich um andere Fälle der Erstellung von Wohnraum in eigenen Häusern handelt, als sie in Ziffer 6 Abs. 3 a der VR als einzige Ausnahme von Ziffer 2 b a. a. O. zugelassen sind.

Bonn, den 1. Juli 1952.

I B — BA 1615 — 10/52

Der Bundesminister der Finanzen

In Vertretung

H a r t m a n n "

GMBl. S. 185

Tarifvereinbarung

vom 7. Juli 1952

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen einerseits,
und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — Sitz Stuttgart andererseits,
wird über die Entlohnung der Kraftfahrer bei den obersten Bundesorganen und den obersten Bundesbehörden folgendes vereinbart:

§ 1

Geltungsbereich

Nr. 1. Diese Tarifvereinbarung gilt einheitlich für alle bei den nachstehenden Stellen beschäftigten Kraftfahrer

- Bundespräsidialamt,
- Verwaltung des Bundestags,
- Sekretariat des Bundesrats,
- Bundeskanzleramt,
- Bundesministerien — mit Ausnahme des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen —,
- Bundesrechnungshof
- Oberste und Obere Bundesgerichte.

Nr. 2. Für die Entlohnung der Kraftfahrer bei dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen und bei der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn und der Generaldirektion der Südwestdeutschen Eisenbahnen sind die dort abgeschlossenen tariflichen Vereinbarungen maßgebend.

§ 2

Arbeitszeit

Nr. 1. Die regelmäßige Beschäftigungszeit der Kraftfahrer darf arbeitstäglich 12 Stunden und im gesamten Monat 312 Stunden nicht überschreiten.

Innerhalb der regelmäßigen Beschäftigungszeiten soll der reine Dienst am Steuer 8 Stunden, die Vor- und Abschlußarbeiten und sonstigen Hilfsarbeiten 2 Stunden täglich nicht überschreiten. Die weiteren 2 Stunden der regelmäßigen

arbeitstäglichen Beschäftigungszeit sollen auf Arbeitsbereitschaft und auf Ruhepausen entfallen.

Die Überschreitung der regelmäßigen arbeitstäglichen Beschäftigungszeit ist nur in dringenden Fällen und bei Fernfahrten zulässig.

Die über die regelmäßige Beschäftigungszeit hinausgehende Arbeitszeit ist durch Gewährung von Freizeit auszugleichen, ferner ist für diese Arbeitszeit der Überstundenzuschlag gemäß § 9 Abs. 2 TO.B zu zahlen. Der Nachweis über die Einhaltung der regelmäßigen Beschäftigungszeit ist für jeden Kraftfahrer in einer besonderen Liste zu führen.¹⁾ Ergibt sich am Monatsende, daß die monatliche regelmäßige Beschäftigungszeit 312 Stunden überschritten hat, so ist die Mehrarbeitszeit im Laufe des kommenden Monats durch Gewährung von Freizeit abzugelten, ferner ist der Überstundenzuschlag gemäß § 9 Abs. 2 TO.B zu zahlen. Die Zahlung einer geldlichen Entschädigung an Stelle der Gewährung von Freizeit ist unzulässig.

Nr. 2. Erstreckt sich eine Fernfahrt auf einen Zeitraum von mehr als einem Tag, so ist grundsätzlich davon auszugehen, daß die regelmäßige arbeitstägliche Beschäftigungszeit (Nr. 1) eingehalten wurde. Überschreitungen der regelmäßigen arbeitstäglichen Beschäftigungszeit sind durch das Zeugnis des Kraftwagenbenutzers nachzuweisen. Im übrigen gilt für die Abgeltung der Überschreitung der regelmäßigen Beschäftigungszeit Nr. 1.

Fernfahrten liegen nur vor, wenn das Reiseziel mindestens 100 km außerhalb des Sitzes der Dienststelle liegt.

Nr. 3. Diese Regelung gilt nicht für Chefkraftfahrer.

Chefkraftfahrer sind verpflichtet, die höchstzulässige Arbeitszeit nach der Arbeitszeitordnung und der Ausführungsverordnung zu leisten. Die Einteilung der Arbeitszeit bestimmt der Chef der obersten Dienstbehörde, dem der Chefkraftfahrer als persönlicher Kraftfahrer zugewiesen ist.

§ 3

Überstundenpauschvergütung der Kraftfahrer (ÜPV)

Nr. 1. Die Kraftfahrer — mit Ausnahme der Chefkraftfahrer — erhalten als Abfindung für geleistete Überstunden gem. § 9 Abs. 3 TO.B eine Überstundenpauschvergütung (ÜPV), die jeweils für 3 Monate im voraus festgesetzt wird. Im letzten Monat der Festsetzungsperiode ist durch Überprüfung der Überstundendurchschnittsleistungen festzustellen, ob durch wesentliche Änderungen die Notwendigkeit zur Neufestsetzung der ÜPV gegeben ist, anderenfalls bleibt die ÜPV für weitere 3 Monate unverändert.

Neben der ÜPV sind gegebenenfalls die Überstundenzuschläge aus § 2 Nr. 1 zu zahlen.

Nr. 2. Zur Berechnung der ÜPV sind jeweils im letzten Monat vor Beginn der neuen Festsetzungsperiode die Arbeitszeiten aller in Betracht kommenden Kraftfahrer — ohne Chefkraftfahrer — zu ermitteln und durch die Zahl der Kraftfahrer zu teilen. Die sich hieraus ergebende monatliche Durchschnittsarbeitsleistung wird mit 208 Stunden voll vergütet. Die darüber hinausgehende Arbeitszeit wird mit 80 v. H. als Überstundenzeit berücksichtigt. Für die Überstundenzeit werden neben dem Lohn der Überstundenzuschlag gemäß § 9 Abs. 2 TO.B und gegebenenfalls Sonn- und Feiertagszuschläge gemäß ADO Nr. 1 und 2 zu § 4 TO.B gewährt.

Nr. 3. Die ÜPV wird nach dem Lohnsatz berechnet, den der am günstigsten bezahlte Kraftfahrer der Beschäftigungsstelle erhält. Zur Berechnung dient das Beispiel der Anlage 1.²⁾

Nr. 4. Die ÜPV wird grundsätzlich nur für die Zeiten gezahlt, in denen das Fahrzeug in Betrieb gehalten und der Kraftfahrer als solcher verwendet wird. Eine vorübergehende Einschränkung der Benutzung des Kraftwagens, z. B. wegen Glatteis, Schneeverwehungen usw., gilt nicht als Außerbetriebsetzung des Fahrzeugs.

Bei einer Unterbrechung der Dienstleistungen des Kraftfahrers aus Anlaß der Instandsetzung des von ihm zu führenden Kraftwagens wird die Überstundenpauschvergütung bis zur Dauer von 10 Tagen unverändert weitergezahlt.

Nr. 5. Während des Urlaubs, einer durch Erkrankung oder Unfall hervorgerufenen Dienstunfähigkeit oder einer Dienst-

¹⁾ Muster für den Beschäftigungsnachweis s. Anlage 3, Seite 188.

²⁾ Anlage 1 s. Seite 187.

befreiung wird für die Zeit der Lohnfortgewährung auch die ÜPV gezahlt.

Nr. 6. Mit der ÜPV sind alle Ansprüche auf Entgelte oder Zuschläge für Mehrarbeit, Überstunden, Bereitschaftsdienst, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit abgegolten. § 2 Nr. 1 bleibt unberührt.

Nr. 7. Bei Dienstreisen wird neben der ÜPV Reisekostenvergütung unter sinngemäßer Anwendung der Reisekostenvorschriften für die Beamten nach Reisekostenstufe V gewährt.

Nr. 8. Eine Ausfertigung der ÜPV-Berechnung ist zu den Rechnungsbelegen zu nehmen.

Nr. 9. Im übrigen erfolgt die Entlohnung der Kraftfahrer nach der TO.B, den hierzu ergangenen allgemeinen und besonderen Dienstordnungen und den abgeschlossenen tariflichen Vereinbarungen.

§ 4

Übertarifliche Entlohnung der Chefkraftfahrer

Nr. 1. Die Entlohnung der Chefkraftfahrer erfolgt durch eine Zusatzvereinbarung zum Arbeitsvertrag zwischen der Beschäftigungsstelle und dem Chefkraftfahrer nach dem Formblatt der Anlage 2.¹⁾

Nr. 2. Unter den Begriff „Chefkraftfahrer“ fallen ausschließlich die persönlichen Kraftfahrer:

- a) des Herrn Bundespräsidenten,
- b) des Herrn Präsidenten des Bundestages,
- c) des Herrn Präsidenten des Bundesrats,
- d) des Herrn Bundeskanzlers,
- e) der Herren Bundesminister,
- f) der Herren Staatssekretäre,
- g) der Herren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, des obersten und der oberen Bundesgerichte,
- h) des Herrn Präsidenten des Bundesrechnungshofes.

Nr. 3. Die Chefkraftfahrer erhalten eine übertarifliche Pauschvergütung von monatlich 510.— DM. Mit der Pauschvergütung sind alle Ansprüche auf Arbeitsentgelt und Zuschläge für Mehrarbeit, Überstunden, Bereitschaftsdienst, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit — ausschließlich der Kinderzuschläge — abgegolten.

Nr. 4. Die Pauschvergütung wird nur für die Zeit der tatsächlichen Dienstleistung als Chefkraftfahrer gewährt. Endet oder beginnt diese Dienstleistung im Laufe einer Lohnperiode, so ist für jeden Beschäftigungstag, einschließlich der Sonn- und Feiertage, $\frac{1}{30}$ der Pauschvergütung zu zahlen. Für die Gewährung der Pauschvergütung während des Urlaubs, der Dienstbefreiung und der durch Erkrankung oder Dienstunfall verursachten Dienstunfähigkeit gelten die entsprechenden Bestimmungen der TO.B.

Nr. 5. Bei Dienstreisen wird Reisekostenvergütung unter sinngemäßer Anwendung der Reisekostenvorschriften für die Beamten nach Reisekostenstufe V gewährt.

§ 5

Inkrafttreten und Kündigung — Übergangsregelung

Nr. 1. Die Vereinbarung tritt mit Wirkung vom 1. 10. 1951 in Kraft. Sie kann mit dreimonatiger Frist zum Schluß eines Kalendervierteljahres gekündigt werden. Erfolgt eine Änderung der Stundenlöhne der nach der TO.B entlohten Bundesangehörigen, so ändert sich die übertarifliche Pauschvergütung der Chefkraftfahrer (§ 4 Nr. 3) und die ÜPV der Kraftfahrer entsprechend.

Die Tarifvereinbarung vom 9. 4. 1951²⁾ tritt außer Kraft. Die nach § 2 Nr. 10 jener Tarifvereinbarung vorgesehene Übergangsausgleichszulage wird nach Maßgabe dieser Bestimmungen so lange weitergezahlt, bis sie durch die monatliche Kürzung um 5 DM aufgezehrt ist.

Nr. 2. Bei der Berechnung der ÜPV für die Monate Oktober 1951 bis März 1952 nach § 3 Nr. 2 dieser Tarifvereinbarung

darf die ÜPV 161,— DM nicht übersteigen. Sie ist um den übersteigenden Betrag zu kürzen. Ist für die Monate Juli, August und September 1951 die nach § 2 Nr. 1 der Tarifvereinbarung vom 9. 4. 1951 ermittelte monatliche Durchschnittsarbeitsleistung höher als 312 Stunden, so ist für die überschießende Stundenzahl der Überstundenzuschlag gem. § 9 Abs. 2 TO.B neben der Überstundenpauschale zu zahlen. Ein Abfeiern der 312 Stunden übersteigenden Mehrarbeitsleistung erfolgt nicht.

Die ÜPV nach § 3 Nr. 2 dieser Tarifvereinbarung für die Monate April bis Juni 1952 darf 145.— DM nicht übersteigen. Sie ist um den übersteigenden Betrag zu kürzen. Die Zahlung von Überstundenzuschlägen nach § 3 Nr. 1 Abs. 2 dieser Tarifvereinbarung wird hierdurch nicht berührt.

Nr. 3. Sonn- und Feiertagszuschläge nach § 3 Nr. 2 letzter Satz dieser Tarifvereinbarung sind von der Kürzung der ÜPV nach Nr. 2 Abs. 2 und Abs. 3 ausgeschlossen.

Bonn, den 7. Juli 1952.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Hartmann

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —
Langhans Lulay

GMBL. S. 186

Anlage 1

zu § 3 Nr. 3 der Tarifvereinbarung vom 7. Juli 1952

Berechnung

der Überstundenpauschvergütung (ÜPV) für die Kraftfahrer bei den obersten Bundesorganen und den obersten Bundesbehörden

Lfd. Nr.	Kraftfahrer	Std.-Lohn	Arbeitsstunden			Zuschlagpflichtige Sonntage in 3 Mon.
			April	Mai	Juni	
1	A	1,32	259,25	240,—	290,—	3
2	B	1,32	210,—	260,—	220,25	6
3	C	1,34	260,—	220,50	160,—	5
4	D	1,39	220,—	160,—	271,50	6
5	E	1,37	160,—	270,—	240,—	7
6	F	1,34	268,75	240,—	190,—	6
7	G	1,37	210,—	190,25	227,75	6
8	H	1,32	190,—	230,—	290,—	4
9	I	1,39	230,25	290,—	260,—	2
10	K	1,34	260,—	259,—	227,25	6

Gesamtarbeitsstunden 2268,25 2359,75 2376,75 51 : 10 =
5,1 : 3 = 1,7
Sonntagszuschläge im Monat

Kopfdurchschnitt (1/10):

/ 226,825 / 235,975 / 237,675 /
700,475 : 3 = 233,490 = 233 Monatsdurchschnitt
davon

208 Normalarbeitsstunden
25 Überzeitstunden

Lohnberechnung für den Kraftfahrer D (Lfd. Nr. 4)

208 Normalstunden zu 1,39 DM = 289,12 DM

25 Überzeitstunden zu 80 v. H.

= 20 × 1,74 DM (1,39 + 25 v. H.)

Überstundenzuschl. = 1,74) = 34,80 DM

1,7 Sonntagszuschlag
zu 1,08 DM = 1,84 DM

325,76 DM

Die ÜPV ist auf 36,64 DM monatlich festzusetzen.

1) Anlage 2 s. Seite 188.

2) Veröffentlicht im GMBL. Nr. 11/1951 S. 114.

Anlage 2

zu § 4 Nr. 1 der Tarifvereinbarung vom 7. Juli 1952

Vereinbarung für Chefkraftfahrer

Zwischen
und dem Kraftfahrer Herrn
(Vor- und Zuname)

1. Der Kraftfahrer Herr erhält für die Dauer der Beschäftigung als Chefkraftfahrer eine über-tarifliche Pauschvergütung von monatlich

510,— DM

(i. W.: Fünfhundertzehn Deutsche Mark)

Mit der Pauschvergütung sind alle Ansprüche auf Arbeits-entgelt und Zuschläge für Mehrarbeit, Überstunden, Be-reitschaftsdienst, Sonn- und Feiertagsarbeit, Nacharbeit — ausgenommen Kinderzuschläge — abgegolten.

2. Die Pauschvergütung wird nur für die Zeit der tatsäch-lichen Dienstleistung als Chefkraftfahrer gewährt. Endet oder beginnt diese Dienstleistung im Laufe einer Lohn-periode, so ist für jeden Beschäftigungstag, einschließlich der Sonn- und Feiertage $\frac{1}{30}$ der Pauschvergütung zu zah-len. Für die Gewährung der Pauschvergütung während des Urlaubs, der Dienstbefreiung und der durch Erkran-kung oder Dienstunfall verursachten Dienstunfähigkeit gelten die entsprechenden Bestimmungen der TO.B.

3. Bei Dienstreisen wird Reisekostenvergütung unter sinn-gemäßer Anwendung der Reisekostenvorschriften für die Beamten und unter Zugrundelegung der Reisekosten-stufe V gewährt.

4. Soweit in den Ziffern 1—2 nicht anders vereinbart ist, regelt sich das Arbeitsverhältnis nach den Bestimmungen für die Arbeiter der Bundesverwaltung.

5. Diese Vereinbarung tritt mit Wirkung vom in Kraft und gilt als Zusatzvereinbarung zum Arbeits-vertrag.

6. Herr bekennt, eine Abschrift dieser Vereinbarung erhalten zu haben.

....., den

Der Arbeitgeber:

Der Arbeitnehmer:

Anlage 3

zu § 2 Nr. 1 der Tarifvereinbarung vom 7. Juli 1952

Beschäftigungsnachweis

für den Kraftfahrer Edmund Müller im Monat September 1952

Arbeits-tag	Arbeits-Beginn	Arbeits-Ende	Insgesamt Arbeits-stunden	Arbeits-tag	Arbeits-Beginn	Arbeits-Ende	Insgesamt Arbeits-stunden
1.	7	18	11		Übertrag		188
2.	7	19	12	17.	7	19	12
3.	7	18,30	11,5	18.	7	19	12
4.	7	20	13	19.	6	24	19,5 1,30
5.	7	23	16	20. Sonnt.	9	11	
6. Sonnt.	—	—	—	21.	7	19	12
7.	6,30	24	17,5	22.	7	16	9
8.	7	19	12	23.	7	21	14
9.	6	20	14	24.	6	19	13
10.	7	17	10	25.	7	18	11
11.	7	20	13	26.	7	15,30	8,5
12.	7	18	11	27. Sonnt.	—	—	—
13. Sonnt.	9	17	8	28.	7	19	12
14.	7	19	12	29.	7	19	12
15.	7	19	12	30.	7	18	11
16.	6	21	15	31.	—	—	—

Übertrag 188 Monatsstunden 336
Gesamtarbeitsstunden September = 336 Std.
dazu Überstundenvortrag aus Monat August = — Std.
336 Std.

davon entfallen auf

a) regelmäßige Beschäftigungszeit = 312 Std.

b) Überstunden, die durch Freizeit im näch-sten Monat abgegolten werden müssen und für die der Überstundenzuschlag nach § 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 9 Abs. 2 TO.B zu zahlen ist (Überstundenvortrag für Monat Oktober) = 24 Std.

Sachlich richtig

Fahrbereitschaftsleiter

GMBI. S. 186

IV. Gesundheitswesen

Verwendung von Natriumbicarbonat bei der Herstellung von Kondensmilch

— RdSchr. d. BMDI v. 21. 7. 1952 — 4510-975/52 —

Bei der Herstellung von Kondensmilch und Kondensmager-milch war der Zusatz von Natriumbicarbonat, Dinatrium-phosphat und Trinatriumcitrat in Mengen bis zu höchstens 0,1 v. H. der Rohmilch durch RdErl. d. RMDI vom 10. 3. 1943 (RMBliV. S. 443) für die Dauer der Kriegswirtschaft, abwei-chend von der Bestimmung des § 9 Nr. 5 der ersten Verord-nung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 15. 5. 1931 (RGBl. I S. 150) zugelassen.

Mit dem Herrn Bundesminister für Ernährung, Landwirt-schaft und Forsten bin ich der Auffassung, daß dieser Rund-erlaß, der lediglich auf die Kriegszeit abgestellt war, nach Fortfall seiner Voraussetzungen gegenstandslos geworden ist.

An die für das Gesundheitswesen zuständigen obersten Landesbehörden.

GMBI. S. 188

V. Sozialwesen

(Soziale Angelegenheiten, Wohlfahrt, Jugend-arbeit und Leibesübungen)

Berücksichtigung gemeinnütziger Betriebe der caritativen Verbände bei Vergabung öffentlicher Aufträge

— RdSchr. d. BMDI v. 19. 7. 1952 — 5335 — 8169/52 —

Im Nachgang zu meinem Rundschreiben vom 21. 7. 1950 — 5255 — abgedruckt im GMBI. Nr. 9/1950, S. 83 — bitte ich, auch die gemeinnützigen caritativen Verbände in glei-cher Weise wie das Blindenhandwerk bei Vergabung öffent-licher Aufträge, insbesondere bei Aufträgen an Bürsten-arbeiten, durch entsprechende Anweisung an Ihre nachge-ordneten Behörden und Dienststellen aller Zweige der Ver-waltung zu berücksichtigen.

An die Ministerpräsidenten (Senate) der Länder.

GMBI. S. 188

Berichtigung

In den Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln des Bundesjugendplanes für die Jugendarbeit in Notstandsgebieten vom 27. Dezember 1951 (GMBI. Nr. 31 vom 31. Dezember 1951 S. 289) muß es in der zweiten und dritten Zeile der Anmerkung zu II, 3 heißen:
... Notstandsgebiete, und zwar der südliche bisher vom Bundesjugendplan nicht berücksichtigte Teil von Schleswig-Holstein, Emsland, Emden.....

Bonn, den 4. Juli 1952.

Der Bundesminister des Innern

Im Auftrag

Dr. Kitz

GMBI. S. 188

Der Bundesminister für Vertriebene

A. Amtliche Bekanntmachungen

Bestimmung des Lagers „Sandbostel“ als Nebenlager des Notaufnahmelagers Uelzen-Bohdamm

— Bek. d. BMfVertr. v. 16. 6. 1952 — IV 2 b — 8633 — 5424/52 —

Auf Grund des § 1 der VO zur Durchführung des Gesetzes über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet

vom 11. 6. 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 381)¹⁾ hat die Bundesregierung durch Kabinettsbeschluß vom 3. 7. 52 angeordnet:

Anstelle der Nebenlager Poggenhagen und Kirchrode wird das Lager Sandbostel, Kreis Bremervörde, als Nebenlager des Notaufnahmelagers Uelzen-Bohdamm bestimmt.

GMBL. S. 189

Der Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates

A. Amtliche Bekanntmachungen

Verkehr zwischen Bund und Ländern

— 3. Berichtigung des Anschriftenverzeichnisses zu § 133 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien,

Allgemeiner Teil (GGO I) —¹⁾

— Bek. d. BMfAngdBR v. 22. 7. 1952 — 32-00/2353-52 —

Im Verzeichnis der obersten Landesbehörden,²⁾ mit denen die obersten Bundesbehörden unmittelbar verkehren können, treten folgende Änderungen ein:

Bayern:

Die Anschrift des Bayerischen Staatsministeriums des Innern lautet jetzt München 22, Odeonplatz 3,

die Anschrift des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz lautet jetzt München 2, Justizpalast, beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen ist hinter München die Zahl 22 einzufügen.

Ein besonderes Rundschreiben ergeht nicht.

An

a) die obersten Bundesbehörden

b) die Landesregierungen — Staats- und Senatskanzleien —

nachrichtlich:

c) die Vertretungen der Länder beim Bund.

GMBL. S. 189

Personalnachrichten

Deutscher Bundesrat

Zum Ministerialrat ist ernannt: Dr. Hans Kutscher.

Zum Oberregierungsrat sind ernannt:
Dr. Oskar Katzenberger, Peter Vossen.

Bundeskanzleramt

— Der Beauftragte des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der Alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen —

Zum Ministerialdirigenten ist ernannt: Dr. Gerhard Loosch.

Der Bundesminister des Innern

Zum Ministerialrat ist ernannt: Albrecht Wodtke.

Zum Oberregierungsrat sind ernannt: Siegfried Kretschmann, Ursula Pietsch.

Zum Amtsrat sind ernannt: Hans Franke, Otto Link.

Zum Regierungsamtmann sind ernannt: Kurt Harmuth, Wilhelm Mons, Hans Schöbel.

Zum Regierungsoberinspektor sind ernannt: Paul Jüttner, Kurt Runge.

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen

Zum Ministerialrat ist ernannt: Peter Hüttemann.

Zum Oberegierungsrat sind ernannt: Dr. Ewert Freiherr von Dellingshausen, Hans Zettelmeyer.

Zum Regierungsamtmann sind ernannt: Horst Koschel, Leo Wichert.

Zum Regierungsoberinspektor sind ernannt: Max Mühlbradt, Werner Müller, Edgar Plaga.

Zum Regierungsinspektor sind ernannt: Johannes Pander, Gustav Poimann, Gerhard Streuff.

GMBL. S. 189

1) 1. Berichtigung s. GMBL. Nr. 10/1952 S. 105.

2. Berichtigung s. GMBL. Nr. 13/1952 S. 168.

2) Veröffentlicht im GMBL. Nr. 29/1951 S. 259.

1) Veröffentlicht im GMBL. Nr. 17/1951 S. 160.